

Die Strategie des Bundesrates, den EU-Anschluss gegen das Volk durchzusetzen

Diethelm Raff, Zürich, 6.3.2001

Die Abstimmung vom 4. März 2001 war eine Abstimmung über den EU Beitritt. Die Bürger haben das sehr genau im Abstimmungsbüchlein nachgelesen. In der Verfassung hätte gestanden, dass sich die Schweiz am Integrationsprozess in Europa beteiligt, also an der Abschaffung der souveränen Staaten. Der Bundesrat verfolgt dieses Ziel ebenfalls. Er hat eine vollkommene Niederlage erlitten. Seine Taktik war es, keine Diskussion zu führen damit möglichst wenige an die Urnen gehen und die Argumente gegen die EU nicht diskutiert werden. So hätte der Bundesrat ungestört den Anschluss an die EU weiterführen können. Der Bundesrat in der Schweiz ist aber keine Regierung, sondern alle 7 sind einfache Departementsvorsteher, die den Willen des Volkes auszuführen müssen und nicht Strategien entwickeln, wie sie dem Volk ihren Willen aufzwingen können. Wollen die Bundesräte wie vorgesehen weiterhin dem Volk dienen, dann müssen sie ihre gesamte Einstellung zum Bürger ändern.

Wie sieht die Strategie des Bundesrats aus?

Bundesrat Deiss ging in seiner Arroganz gegenüber dem Volk so weit, dass er am Abstimmungsabend öffentlich erklärte, der Bundesrat verfolge selbstverständlich den Anschluss an die EU genauso wie bisher weiter. Zurecht forderte man seinen Rücktritt. Dasselbe Ziel verfolgen allerdings auch die anderen sechs. Nur wollen sie es heimlicher machen. So erklärte zum Beispiel Moritz Leuenberger in der Frankfurter Rundschau vom 2. März 2001: „Je mehr Hürden wir abbauen, desto selbstverständlicher kann der EU-Beitritt später werden. Das ist unsere Strategie. Es geht um den Prozess der Veränderung“. Ein Beispiel dafür ist nach Leuenberger „das Heiligtum der 28 Tonnen Limite“, das durch die bilateralen Verträge bewusst zerstört worden sei. Leuenberger sagte bereits am 29.8.1998 in einer Rede vor der Neuen Europäischen Bewegung in Luzern: Die LSVA sei nötig, um 600 000 zusätzliche EU-Lastwagen mit 40 Tonnen durch die Schweiz zu führen. Die EU wolle das so in den bilateralen Verträgen. Der Bundesrat hat sich untergeordnet.

„Bilaterale Verhandlungen“ - Methode zum Aufbrechen der Schweiz

Verhandlungen dienen also den Herrschern vor allem dazu, die Schweizer dazu zu bringen, sachlich vernünftige Regelungen aufzugeben, damit sie den EU-Normen angepasst werden. Zu diesem Zweck opfert Leuenberger sogar ökologisch sinnvolle Regelungen dem Moloch EU. Als nächsten Schritt, bei den sogenannten „Bilateralen II“, will er die Grenzkontrollen aufheben und sagt: „Der Beitritt zu Schengen bedeutet, dass die Grenzkontrollen verschwinden. Das spielt für die emotionale Bindung in unserem Land eine grosse Rolle“. Leuenberger verfolgt also keine Sachpolitik, sondern eine Politik der revolutionären Reformen, wie sie in den 70er Jahren von der extremen Linken formuliert worden ist. Was der Souverän niemals akzeptieren würde, zwingt man den Bürgern mit dem Argument auf, eine grössere Macht habe es bei schwierigsten Verhandlungen abverlangt. Die entsprechenden „Reformen“ gehen so weit, dass das „System“ Schweiz nicht mehr funktionieren kann. Gleichzeitig will Leuenberger mit diesen Veränderungen das Selbstverständnis der Schweizer so weit untergraben, dass sie emotional zu einem Widerstand gegen die Aufhebung von direkter Demokratie, Neutralität, Unabhängigkeit und sozialer Gerechtigkeit nicht mehr in der

Lage sind.

Bundesrat bestellt bei der EU „Zugeständnisse“, mit denen die Schweiz in die EU geschleppt wird

Die Strategie des Bundesrates besteht also darin, als nächsten Schritt die Grenzkontrollen mit Schengen abzubauen. Leuenberger sagt deshalb am 6.3. im Tages-Anzeiger: „Wir müssen... auf unserem Kurs fortfahren. Unsere Rechnung ist aufgegangen und auch die Romandie ist uns gefolgt. Und die EU hat unsere Strategie verstanden und akzeptiert. Das beweist die Tatsache, dass Brüssel heute der Schweiz signalisiert hat, über Schengen und Dublin zu verhandeln. Damit können die neuen bilateralen Verhandlungen starten.“ Der Schweizer Bundesrat hat also von der EU ein Angebot bestellt, mit dem die Schweizer Bevölkerung hinters Licht geführt werden soll. Den EU-Beitritt führt man scheinbar so schnell wie möglich durch. Man erklärt ganz einfach den nächsten Integrationsschritt zu einem Erfolg der Schweiz.. - Und glaubt fälschlicherweise, der Bürger würde das nicht merken.

Bundesrat: Erst UNO, dann EU-Beitritt

Die Strategie des Bundesrates ist es, die Diskussion über die EU derzeit nicht zu führen. Er hat für die Untertanen anderes vorgesehen. Am 2.3. in der Frankfurter Rundschau erklärt Leuenberger: „Wir wollen die Diskussion um einen Beitritt nicht jetzt führen. Und dafür gibt es neben den genannten einen weiteren Grund. Wir wollen erst einmal den UN beitreten. Darüber werden wir in einem Jahr abstimmen.“ Obwohl er damit eine klare Strategie zur Bearbeitung des Bürgers herstellt, bezeichnet er ein paar Tage später (im Tages-Anzeiger am 6.3.2001, S.3) alle als „total demagogisch“, die die UNO-Abstimmung mit der EU in Verbindung bringen.

Bundesrat sucht Wege zur Zerstörung der friedenssichernden Pfeiler der Schweiz

Ganz offen will Leuenberger die friedenssichernden Pfeiler der Schweiz zerstören: „Zur Identität der Schweiz gehört die Viersprachigkeit. Die Neutralität gehört dazu, die direkte Demokratie. Das sind Elemente die sich aber auch verändern können.“ (Frankfurter Rundschau 2.3.2001)

Ein Bundesrat, der die Bürger nur als Masse betrachtet, die er mit verschiedenen „Listen und Kniffen“ (Lenin) bearbeiten will, ist ein ideologischer Machthaber, der zumindest in der Schweiz untragbar ist. Er muss zurücktreten.